



Anpassung oder Widerstand

Es gibt Länder, in denen sog. «Blasphemie-Gesetze» existieren. Die Anwendung solcher Gesetze kann für Beschuldigte Todesstrafe bedeuten.

In Pakistan ist ein solches «Blasphemie-Gesetz» in Kraft.

«Tatbestand» und Urteil

Kürzlich wurde eine Christin auf der Grundlage dieses Gesetzes zum Tod am Galgen verurteilt (Tages-Anzeiger, 1. Dezember 2010). Ihr «Verbrechen»: Einige Frauen behaupteten, von dieser Frau, die ihr christliches Bekenntnis zuvor konsequent nur ganz für sich allein gelebt hatte, den Ausruf gehört zu haben:

«Unser Christus ist der wahre Prophet Gottes, nicht euer Mohammed.»

Die Beschuldigte bestritt, diesen Satz je ausgesprochen zu haben. Dies half nichts. Sie wurde angeklagt und zum Tod am Galgen verurteilt. Sie wartet zur Zeit im Gefängnis auf ihre Hinrichtung.

Zweierlei Recht?

Pakistan ist **Uno-Mitglied**. Mit Ausnahme des Papstes nimmt bis heute niemand öffentlich Anstoss am Todesurteil. Für den Uno-Menschenrechtsrat ist das Todesurteil gegen die Christin kein Thema. Für «Religionsfreiheit» scheint sich dieser Rat nur einzusetzen, wenn **Muslime** klagen – z. B. gegen das **Minarettverbot** in der Schweiz.

In Westeuropa – vor allem in der Schweiz und in Deutschland – nehmen derweil Konvertiten die Sache der Islamisten in ihre Hände. Als besonders radikal tut sich dabei der frühere deutsche Profi-Boxer **Pierre Vogel** hervor. Er hat seine Tiraden – eingeladen vom hiesigen «Islamistischen Zentralrat» – auch schon in der Schweiz zum besten gegeben. Seine «Botschaft» konnte man kürzlich im «Spiegel» (Nr. 37/2010, S. 56) zur Kenntnis nehmen:

«Männer müssen Bart tragen, Frauen Kopftuch. Und wenn im Koran stehe, ein Mann könne vier Frauen heiraten, dürfe niemand sagen, das gelte heute nicht mehr.»

Mit solcherart religiös untermauerter **Absage an geltende Gesetze** beansprucht Pierre Vogel «Deutungshoheit» über den Islam bei den jungen Muslimen. Er vertritt nicht einfach eine Meinung. Er will die **Muslime gewinnen zum Unterlaufen der demokratisch beschlossenen Rechtsordnung**. Er will «Parallelrecht» durchsetzen.

Er wähnt sich auf politisch-medialem Feldzug **gegen die Demokratie**. Und er stellt dabei bombastische Behauptungen auf: in Europa würden Aufrufe zirkulieren zur gewaltsamen Vertreibung aller Muslime, hetzt Pierre Vogel. Wörtlich:

«Wenn heute zur Gewalt gegen Muslime aufgerufen werden würde, dann würde es nicht nur etwa 400 Tote geben, wie in der Reichskristallnacht 1938, sondern dann würden bestimmt Tausende Muslime erschlagen werden...» (Interview «Junge Freiheit», 3. Dez. 2010)

Es drohe, hetzt Vogel, die **«Ausrottung der praktizierenden Muslime»** in Europa.

Schweigen

In Pakistan wird eine Christin, die sich bloss gerüchteweise öffentlich als **Christin** bekannt haben soll, zum **Tod** verurteilt. Hier aber darf ein fanatischer Konvertit die jungen Muslime ungehindert **mit der Behauptung aufhetzen**, es drohe die **«Ausrottung»** der Muslime.

Vornehme Meinungsträger, die sich gerne als «im Namen der internationalen Völkergemeinschaft» sprechend aufspielen, begegnen beiden Vorfällen mit sich **schweigend duckender Anpassung**. Nur gegen das in der Schweiz demokratisch beschlossene Minarettverbot als Zeichen des Widerstands gegen die politische Islamisierung der Schweiz glauben sie vorgehen zu müssen. *Ulrich Schlier*